

Mobilisierung von Protestbewegungen zur Bewahrung elementarer Lebensinteressen

Adalbert Feltz

Ausgelöst durch ein Geheimtreffen namhafter Vertreter rechtsradikaler Gruppierungen und Vereine am 25. 11. 2023 in Potsdam und dort vorgetragener programmatischer Ziele konnte in den ersten Wochen des neuen Jahres eine bemerkenswerte Massenbewegung in Gang gesetzt werden, indem Menschen millionenfach um ihrer demokratischen Grundrechte willen auf die Straße gingen und seitdem für ihre politischen Interessen demonstrieren. Dabei fällt auf, dass weder die unsere Existenz global bedrohende Klimahölle noch die unverkennbar heraufziehende Gefahr eines großen Krieges zwischen der EU und Russland, auf den die Bevölkerung in den Medien einschließlich Internet, als wäre er unvermeidlich, nahezu täglich eingestimmt wird, bisher zu Aktionen vergleichbaren Ausmaßes geführt haben. Es ist in den Jahrzehnten des Kalten Krieges nach 1945 immer wieder bekräftigt worden, dass Russland nach den Zerstörungen und Verlusten an Menschenleben in zwei Weltkriegen beim dritten Versuch eines aggressiven Eindringens westlicher Länder alles unternehmen wird, um Kampfhandlungen auf eigenem Territorium zu unterbinden [1]. Ein Krieg zwischen der EU und Russland würde im dicht-besiedelten Europa Leben vielfach auslöschen, und er muss vermieden werden. Sich gegen eine solche Gefährdung elementarer Lebensinteressen mit Entschiedenheit zur Wehr zu setzen, erscheint mehr denn je als ein Gebot der Stunde.

Das Beispiel der Massenproteste gegen das weitere Aufkommen rechtsradikaler gesellschaftlicher Kräfte zeigt, dass bedeutende Bevölkerungsanteile zu politisch bewusstem Handeln mobilisiert werden können, wenn es um ihre eigenen Lebensinteressen geht. Das gelang, indem systemimmanente politische Parteien und gesellschaftliche Institutionen einschließlich der Kirchen dazu wiederholt aufriefen. Letztere Stimulierung ist im Zusammenhang mit der Konfrontation zwischen der EU und Russland und der damit heraufziehenden Gefahr eines großen europäischen Krieges bisher weitgehend unterblieben. Die Politik westlicher Bündnisse unter Führung der USA, an deren Seite Deutschland, befördert - unter Verweis auf den Krieg in der Ukraine - Befürchtungen, Russland könne die EU angreifen. Man ist mittels der Medien bestrebt, ein solches Feindbild im Denken der Menschen zu verankern, damit Waffenproduktion und Hochrüstung sowie die Bereitstellung bedeutender finanzieller Mittel zur Kriegführung gegen Russland in der Ukraine hingenommen werden.

Geschichtsvergessenheit, Ausblendung relevanter Kausalzusammenhänge und Missachtung der von Russland in den Jahrzehnten nach dem Zerfall der Sowjetunion immer wieder erhobenen Forderung nach Sicherheitsgarantien kennzeichnen den öffentlichen Disput.

Historisch haben die auf dem Gebiet Belorusslands, der Ukraine und der Föderativen Republik Russland lebenden slawischen Völker ihren gemeinsamen Ursprung in der um 882 entstandenen Kiewer Rus, einem mittelalterlichen Großreich, in dem sich eine altrussische Kultur mit gemeinsamer Sprache herausbildete. Dieses unterlag um 1240 dem Mongolen(Tartaren)sturm und wurde ab ca. 1500 im südlichen Bereich auch zunehmend vom osmanischen Reich unterjocht. Die Befreiung der slawischen Bevölkerung von der Fremdherrschaft erfolgte unter der Führung der Moskauer Großfürsten (ab Iwan III. den Zaren) bis 1783, der Eingliederung der Krim in das russische Zaren-Reich. Letzteres wurde 1917 durch die Sowjetunion abgelöst, die sich 1922 die Struktur einer Russischen Sozialistischen Föderalen Sowjet Republik UdSSR gab. Sieht man von Autonomiebestrebungen ab, die 1917 von der einst zu Österreich gehörenden westlichen Ukraine ausgingen und vom Oberkommando der deutschen Wehrmacht unterstützt wurden, entstand die Ukraine als selbständiger Staat erstmals 1991 im Ergebnis des Zerfalls der Sowjetunion. Die drei Baltikum Staaten schieden unter Berufung auf ihre eigene Geschichte aus dem Verbund der UdSSR aus. In 11 von 14 Nachfolgestaaten erfolgte die Trennung einvernehmlich mit dem Ziel, innerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, der GUS, eine wechselseitig vorteilhafte Entwicklung zu erreichen, indem jeder dieser Staaten

eigenverantwortlich eine positive Wirtschaftsbilanz anstrebt, zugleich Lebensinteressen und Identität auf dem eigenen Territorium siedelnder anderer Ethnien in ihrer Tradition achtet und in seine Entwicklung einbezieht.

Dieser Prozess wurde von einer Phase der militärischen Abrüstung [2] begleitet, die den Forderungen der Friedensbewegungen seinerzeit Rechnung trug und eine Beendigung des Kalten Krieges dauerhaft ermöglicht hätte. Russland wurde aber nach wenigen Jahren einer Entspannungsphase mit einer Politik der USA und ihrer europäischen Bündnispartner konfrontiert, die in unmittelbarer Nachbarschaft ohne Rücksichtnahme auf seine Sicherheitsinteressen machtpolitische Ziele verfolgte und daher als Bedrohung empfunden wurde. Das provozierende Verhalten des Westens gegenüber Russland lässt drei ineinander greifende Bereiche künftiger Konflikte erwarten, die sich, wie man heute weiß, auch tatsächlich ergaben.

1. Die NATO – Osterweiterung

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit durch den im September 1990 unterzeichneten „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ zwischen der BRD, der DDR und den 4 Siegermächten war an das von den Verhandlungspartnern mehrfach bezeugte Versprechen geknüpft, die NATO würde „ohne die Zustimmung Moskaus nicht einen Zoll näher“ an die Grenze der damals noch bestehenden Sowjetunion herangeführt [3]. Diese Zusage wurde gebrochen, das Bündnis zwischen 1999 und 2020 um 14 osteuropäische Staaten erweitert, um Polen, Tschechien, Ungarn, den 3 Baltikums- und 8 Balkanstaaten auf insgesamt 31 Mitgliedsländer (3,46 Mill. Soldaten). 1995 nannte B. Jelzin [4] am Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs, an B. Clinton gewandt in Moskau, das Heranrücken der NATO an die Grenzen Russlands wäre Verrat am russischen Volk. Namhafte Politiker der USA wie McNamara (1961- 68 Außenminister), J. Matlock (1987-91 Botschafter in Moskau) und G.F.Kennan nannten die NATO-Osterweiterung den „verhängnisvollsten Fehler“ [5]. Anfang 2024 trainieren 90 000 NATO-Truppen in unmittelbarer Nähe zur russischen Westgrenze die Abwehr eines fingierten Angriffs russischer Truppen. In der Ukraine tobt seit zwei Jahren Krieg gegen Russland mit Waffen der NATO, dabei vorrangig auch mit deutschen bzw. von Deutschland finanzierten Waffen in einem durch deutsche Aggression 1945 völlig zerstört hinterlassenen Land, dessen industrielle Basis vom Staatenbündnis der Sowjetunion aufgebaut worden und 70 Jahre lang Lebensgrundlage von ca. 36 Mio Menschen war.

2. Eindämmung Russlands zur Regionalmacht

Der entscheidende Vorstoß ging von den USA aus, die eine von Z. Brzezinski [6] (Berater von Präsidenten der USA) ab 1996 propagierte Strategie der Vorherrschaft der USA aufgriffen. Sein Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ ist eine Anleitung zum politischen Handeln, enthält Vorschläge und Anweisungen zur Formierung einer Weltgemeinschaft unter der Dominanz der USA. Russland sollte nach dem Zerfall der Sowjetunion durch Einbeziehung der Ukraine in das westliche Bündnis weiter geschwächt, die einstige Groß-macht Sowjetunion in Gestalt der verbliebenen Russischen Föderation zur Regionalmacht mit eingeschränktem Zugang zum Schwarzen Meer degradiert und soweit eingedämmt werden, dass sie den Interessen der USA als einziger verbliebener Ordnungsmacht in der Weltpolitik nicht mehr wirksam entgegentreten kann.

Der Anschluss an den Westen sollte über eine Partnerschaft und schließlich Zugehörigkeit zur EU und zur NATO erfolgen. Bereits 1997 kam es in Madrid zu einem Partnerschaftsvertrag mit der NATO [7], und 2008 in Bukarest scheiterte die von den USA geforderte rasche Aufnahme der Ukraine in das nordatlantische Bündnis am Einspruch Deutschlands und Frankreichs [8]. Man wollte eine Provokation Russlands vermeiden, und um diese Zeit wurde die Zugehörigkeit zur NATO von der ukrainischen Bevölkerung in Umfragen noch mehrheitlich abgelehnt.

Um die Einbindung der Ukraine in das westliche Bündnis voranzubringen, galt es, die vorwiegend in der Westukraine angesiedelten prowestlich orientierten politischen Kräfte zu stärken und den politischen Einfluss der überwiegend im Osten beheimateten prorussischen gesellschaftlichen Kräfte in ihrem Einfluss einzugrenzen und schließlich aus der Regierung zu eliminieren. Letzteres war ab 2007 im Zuge der Ausarbeitung eines Assoziierungsabkommens [9] zwischen der EU und der Ukraine Programm. Es schloss den Konflikt mit Russland von Anfang an ein. Namhafte westliche Politiker (H. Schmidt, H. Kohl, G. Schröder) warnten vor der Konfrontation zu Russland, erkannten darin eine Kriegsgefahr, zumal der Anschluss an das westliche Wirtschaftssystem quasi an den Austritt aus der Zollunion der GUS geknüpft war. Die Herauslösung der Ukraine aus der enormen wirtschaftlichen Verflechtung mit Russland, die sich aus dem gemeinsamen Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben hatte - die Ukraine war 1945 ein total zerstörtes Land - stellte für Russland eine starke Herausforderung dar. Günstige Kredite und Investitionen sollten das Land im Rahmen einer umfassenden Freihandelszone rasch an westeuropäische Konsum-Standards heranführen. Daran waren Auflagen geknüpft, innenpolitische Entscheidungen der Ukraine auf westliche Standards auszurichten, und man verband die Ratifizierung des Abkommens von westlicher Seite sogar mit der Forderung, Urteile ukrainischer Gerichte zu ändern [9], griff damit in innenpolitische Entscheidungen des Landes ein, wodurch sich die unterschriftsreife Fertigstellung bis Ende 2013 um ca. zwei Jahre verzögerte. Die Ukraine wurde mit dem Assoziierungsabkommen vor die Zerreißprobe gestellt, sich zwischen EU und der Wirtschaftsgemeinschaft der GUS zu entscheiden.

Die legitime Regierung unter Präsident Janukowitsch und Ministerpräsident Asarow, hervorgegangen aus den 2012 abgehaltenen freien Wahlen (von mehreren tausend westlichen Wahlbeobachtern als korrekt bestätigt) verweigerte die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen in der vorliegenden Fassung, da für die Ukraine im Vergleich zu einem Verbleiben in der Zollunion der GUS-Staaten Nachteile insbesondere für den Außenhandel mit der EU erkannt wurden [9]. Die Reaktion darauf waren dauerhafte Demonstrationen gegen die Regierung in Kiew auf dem Maidan, die nachweislich durch die Einmischung der USA von deren Botschaft ausgehend vor Ort geschürt und gelenkt wurden und kategorisch die Bestätigung des vom Westen initiierten und maßgeblich diktierten Assoziierungsabkommens sowie den Rücktritt von Präsident Janukowitsch verlangten.

Bei dem Versuch einer Wiederherstellung der staatlichen Ordnung kam es zur Eskalation. Die demokratisch gewählte Regierung wurde mittels eines Staatsstreichs gewaltsam vertrieben. Die von den Putschisten in Abstimmung mit den USA ernannte Übergangsregierung unter A. P. Jazenjuk unterzeichnete das Assoziierungsabkommen in der vorliegenden Fassung im März 2014 [10], und der IWF gewährte prompt 12,3 Md Euro Entwicklungshilfe, die zuvor verweigert worden waren [11].

Mit dem Staatsstreich in der Ukraine [12] wurde der demokratische Prozess durch die illegale politische Intervention der USA gestoppt. Um einen in der Zukunft potentiell möglichen Zugriff westlicher Bündnisse auf eine mit der Ukraine bis dahin vertraglich geregelte, zeitlich aber begrenzte gemeinsame Nutzung von Hafenstädten der Krim auszuschließen, beschloss die Russische Föderation 2014 nach dem Putsch die Zuordnung der Krim zur Ukraine aufzuheben. Die strategisch bedeutsame Halbinsel, nach Vertreibung der Osmanen seit 1783 ein Bestandteil Russlands mit überwiegend russisch-sprachiger Bevölkerung, war 1954 durch den damaligen Generalsekretär der KPdSU N. Chruschtschow in einem administrativen Akt der Verwaltung der Ukrainischen Sozialistischen Volksrepublik unterstellt worden. Angesichts der zunehmend aggressiven Haltung des Westens, die mit dem Putsch in Kiew einen Höhepunkt erreichte, hielt die Regierung der Föderativen Republik Russland im Interesse der eigenen Sicherheit den Zeitpunkt für gekommen, die 60 Jahre zurückliegende formale Entscheidung zu korrigieren. Das geschah mit Zustimmung der auf der Halbinsel lebenden rund 1,3 Mio. vorwiegend Russisch sprechenden

Bürger. Nach einem Referendum über den Status der Krim entschieden sich im März 2014 95,5 % der Krimbevölkerung für den Anschluss an die Föderation der Republik Russland [13].

3. Der ukrainische Nationalismus und Faschismus

In der Ukraine leben insbesondere im Osten und im Süden wie auch auf der Krim bis zu mehr als 50% russischstämmige Bevölkerungsanteile, die in mehreren Jahrhunderten Fremdherrschaft von der europäischen Entwicklung abgekoppelt, ihre sprachliche und konfessionelle Identität behaupteten und folglich mit den Völkern Russlands besonders verbunden sind. Die Westslawen waren dagegen in die Entwicklung Europas weitaus mehr, Teile der Westukraine sogar als Bestandteil des Habsburgerreichs, einbezogen. Tendenzen zur Verselbständigung gingen von Anfang an vom westlichen Teil der Ukraine aus, indem zur nationalen Abgrenzung vom Russischen vor allem auch Unterschiede in der Sprache hervorgehoben wurden. Obwohl nach wie vor umstritten, ob Dialekt oder eigene Sprache, gelten Russisch und Ukrainisch, sich etwa wie Deutsch und Holländisch unterscheidend, heute weitgehend als eigene Sprachen [14].

Der auf Formierung einer eigenen Nation und damit auf Abgrenzung von Russland ausgerichtete ukrainische Nationalismus erhielt am Ende des Ersten Weltkriegs Auftrieb, den Zusammenbruch des Zaren- wie des Habsburgerreichs nutzend, indem er von den Mittelmächten (Deutschland, Österreich), denen zwecks Erreichen von Kriegszielen an einer Schwächung Russlands gelegen war, unterstützt wurde. Während des Zweiten Weltkriegs entartete die Bewegung zum ukrainischen Faschismus, indem ungeachtet der Ausplünderung des Landes und der brutalen Kriegsführung der deutschen Wehrmacht ukrainische Hilfskräfte an der massenhaften Ermordung von Juden mitwirkten (nach dem Überfall auf die Sowjetunion 885.000 innerhalb weniger Wochen). 17.000 Ukrainer ließen sich in der SS-Division Galizien anwerben 80.000 bildeten die ukrainische Heimarmee, die gegen die Rote Armee und gegen Polen kämpfte. Unter General Bandera kämpften mehr oder weniger koordiniert insgesamt etwa 300.000 Ukrainer auf Seiten der deutschen Streitkräfte [15]. Er selbst, nach 1945 von der BRD als Asylant aufgenommen, wird in der Westukraine bis heute als Nationalheld verehrt, dem man Denkmäler errichtet, weil er für die Befreiung der Ukraine von russischer Vorherrschaft eintrat (sein Grab in München ein Wallfahrtsort Rechts-extremer). In der Ostukraine dagegen ist Bandera als Massenmörder verachtet [16]

Es sind jene rechtsradikalen und radikal-nationalistischen russophoben Kräfte, die sich auf ihren Ursprung in der OUN (Organisation Unabhängiger Nationalisten) und deren Partisanenarmee während des Zweiten Weltkrieges berufen, deren Nachfolger sich 1991 zur Vereinigung Swoboda zusammenschlossen und die, bisher offenbar ohne größere Massenbasis [17], wohl aber auf eine ethnische ukrainische Identität abzielend, die Feindschaft zu Russland immer wieder anheizen und auf die politische Führung des Landes bis heute maßgeblich Einfluss nehmen,

- so bei der Einschränkung des Russischen – ab 1991 Ukrainisch einzige Amtssprache, erst ab 2012 durch ein Gesetz unter Janukowitsch in ausgewählten Regionen mit > 10% russischsprachiger Bevölkerung neben Ukrainisch wieder zugelassen (in 13 von 27 Regionen), ab 2022 aber erneut mit dem Ziel, die Sprache per Gesetz schrittweise zu verdrängen [18], und letzteres wurde durch Reduzierung des Unterrichts in Russisch in Schulen (< 20% bereits 2009) inzwischen weiter voran gebracht;
- die Regierungskrise 2014 zwecks Durchsetzung des Assoziierungsabkommens im Sinne der von den USA und der EU verfolgten Ziele mit auslösten und die gewählte Regierung vertrieben, die Demonstrationen auf dem Maidan nachweislich mit organisierten, daselbst als Rechter Sektor mit paramilitärischen Gruppierungen hervortraten [19], mit 4 Ministern der Partei Swoboda an der selbsternannten Übergangsregierung unter A. P. Jazenjuk im Verlauf des Jahres 2014 politische Führungsaufgaben im Land wahrnahmen, die bis heute fortwirken;

- sich nach 2014 der Umsetzung wesentlicher Beschlüsse der in den Minsker Abkommen I und II[20] zwischen Russland, der Ukraine und der OSZE - in Minsk II unter Einbeziehung Deutschlands und Frankreichs - getroffenen Vereinbarungen widersetzen und die Gewährung einer teilweisen Selbstverwaltung in den Regionen Lugansk und Donezk durch die Regierung in Kiew verhinderten, was zu einem Bürgerkrieg führte, in dem sich Lugansk und Donezk der Administration der Regierung in Kiew entzogen: Eine jahrelange militärische Auseinandersetzung zwischen Selbstverteidigungskräften und der ukrainischen Armee mit mehr als 13.000 Toten war die Folge [21]. Die Verselbständigung zu Volksrepubliken erfolgte 2022 im Ergebnis eines Referendums [22]

Nachdem die ukrainische Regierung für 2022 die militärische Rückeroberung der Krim und Unterwerfung der von Russland unterstützten Separatisten im Osten des Landes angekündigt, sich dazu der Unterstützung durch die NATO versichert hatte und selbst die rasche Aufnahme in das Militärbündnis anstrebte, beschloss die Regierung der Russischen Föderation, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Es wurde im Dezember 2021 in zwei an die USA gerichteten Vertragsentwürfen mit der Forderung zur Gewährleistung von Sicherheitsgarantien für Russland, wie sie ebenso die USA für sich beanspruchen, festgestellt:

- Die NATO-Osterweiterung mit der Stationierung von Offensivwaffen an den Grenzen Russlands steht in Widerspruch zu den Satzungen des am 4. April 1949 in Washington beschlossenen Nordatlantikvertrages [23] und bedarf im Interesse der Friedenssicherung einer Korrektur.
- Die Einbeziehung der Ukraine oder anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion in das Militärbündnis widerspricht auf Grund der unmittelbaren Nachbarschaft den Sicherheitsinteressen Russlands und kann daher in Übereinstimmung mit den Satzungen nicht Gegenstand von Verhandlungen sein.

Die USA reagierten ausweichend, die militärischen Vorbereitungen Russlands negierend, verwiesen auf die Einbeziehung der westlichen Verbündeten und lehnten wesentliche Forderungen in den Vertragsentwürfen von vornherein als inakzeptabel ab. Für die Föderative Republik Russland ergab sich daraus alternativlos die Notwendigkeit zu handeln, bevor im Fall einer NATO-Zugehörigkeit der Ukraine der Bündnisfall eintreten konnte. Letzteres hätte bedeutet, sich den Bedingungen der Westens zu unterwerfen; denn sich der geballten Streitmacht von 3,46 Mill Soldaten des westlichen Bündnisses im Verein mit dem damit verbundenen militärischen Potential entgegenzustellen, konnte Russland infolge des Übergewichts nicht in Betracht ziehen, abgesehen davon, dass ein solches Szenario die Option einer möglichen Ausweitung zum Weltkrieg einschloss.

Ende Februar 2022 begann Russland gegen die Ukraine in einer auf beide Länder lokal begrenzten militärischen Aktion mit dem Ziel vorzugehen, die russisch-sprachige Bevölkerung in Lugansk und Donezk gegen den ukrainischen rechtsradikalen Nationalismus unter seinen Schutz zu stellen und eine Entnazifizierung der Ukraine durch Verbot aller neonazistischen Bewegungen herbeizuführen. Seitdem stehen sich die beiden slawischen Brudervölker in erbitterter Auseinandersetzung gegenüber. Die Ukraine, mit ihrer rechtsradikalen von Neonazisten durchsetzten Regierung, auf Abgrenzung und Feindschaft gegenüber Russland gerichtet und den Anschluss an EU und NATO anstrebbend, dient den globalen Interessen der USA, Russland zu schwächen, erhält daher von dort sowie vom Nordatlantischen Bündnis insgesamt massive militärische und finanzielle Unterstützung. Deutschland zeichnet sich inzwischen als zweitwichtigster Partner zur militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine aus, nimmt infolge von Milliarden Euro Hilfe an die Ukraine eine Schwächung der eigenen Wirtschaft in Kauf und verzichtet auf Solidarität sogar auf die Benennung der inzwischen weitgehend erkannten Verursacher der Sprengung der Ostsee-Pipelines [24], die eine bis zu dreifache Verteuerung der Energiepreise im Land zur Folge hatte.

In bemerkenswerter Geschichtsvergessenheit lässt man zu, dass sich ähnlich wie im Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Waffensysteme, heute im Rahmen der NATO, im Kampf gegen Russland auf dem Territorium der Ukraine im Einsatz befinden. Angesichts der führenden Rolle, die Deutschland in der EU hinsichtlich einer Unterstützung der den Sieg über Russland anstrebenden Führungsschicht in Kiew zunehmend einnimmt, entsteht der Eindruck, es könnten womöglich alte Hoffnungen wiederbelebt werden. In einem dritten Anlauf, diesmal mit der geballten Macht des westlichen Potentials, könnte

es vielleicht doch gelingen, Russland zu bezwingen. - Schließlich stünde man ja bereits zu Beginn an der Ostgrenze der Ukraine weit im Inneren des Landes (ca. 300 km vor Stalingrad). Lediglich die Entsendung von Truppenverbänden des westlichen Bündnisses ist bisher, weil blockiert, unterblieben da es dazu in der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine des Bündnisfalls bedurft hätte, der die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zur Voraussetzung hat, was durch das rechtzeitige Eingreifen Russlands verhindert wurde.

Tatsächlich wurde Russland durch eine konzentrierte Aktion in drei Konfliktbereichen attackiert, und so ergibt sich die Frage: Wer ist angesichts der geschilderten Faktenlage und aufgezeigten Kausalzusammenhänge der eigentliche Aggressor im Russland-Ukraine-Konflikt? Trägt nicht derjenige, der sich bei erteilten Zusagen wortbrüchig verhält, gewichtige Bedenken in den eigenen Reihen unbeachtet lässt, sich über Sicherheitsgarantien, die er für sich selbst beansprucht, beim anderen hinwegsetzt und den opferreichen Kampf gegen den deutschen Faschismus verfälscht, nicht mindesten eine Mitverantwortung am Zustandekommen der Auseinandersetzung?

Die Föderative Republik Russland will ihre Souveränität gewahrt, ihre Sicherheit gewährleistet sehen, verlangt die Anerkennung der Nichteinmischung anderer Staaten in seine inneren Angelegenheiten und steht vor gewaltigen Aufgaben der Entwicklung der eigenen Infrastruktur in den Weiten des Territoriums. Das Land hat daher nicht das geringste Interesse an der Okkupation anderer Länder, und anstelle der Unterstellung von Aggression im Fall der Ukraine trifft wohl eher die Bezeichnung als Prävention zu, um Schlimmeres verhüten.

Es ist an der Zeit, dass Menschen in vergleichbar großen Demonstrationen wie gegen den Rechtsradikalismus auch für so elementare Lebensinteressen wie die Friedenserhaltung gegen den Krieg in der Ukraine auf die Straße gehen, seine Beendigung auf dem Verhandlungsweg fordern und durchsetzen, bevor es womöglich zu einer Ausweitung mit schlimmen Folgen für Europa und die Welt kommt. Russland wird sich nicht weiter in die Enge treiben lassen und einen weiteren Insolvenzverwalter Gorbatschow zulassen. Für Russland ist die Auseinandersetzung mit der NATO auf dem Territorium der Ukraine eine Frage von Leben oder Tod [25]. „Wer erwürgt werden soll, wird sich mit aller Kraft wehren“ [26], und solch eine Steigerung könnte für Europa und speziell auch für Deutschland katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Literaturzitate

- [1] A. Feltz, in „Fakten erkennen und anerkennen - Dreimal kriegerischer Affront mit gleichem Ziel impliziert in der Geschichte Untergang“, Webseite Adalbert Feltz Internet Zeitgeschichte 2015
- [2] Abrüstungsverträge: INF-Vertrag 1987 (Komplette Abrüstung von Mittelstreckenraketen), START II –Vertrag 1993 (Deaktivierung von Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen und Abbau strategischer Atomsprengköpfe), KSE-Vertrag 1992 (Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa)
- [3] Aktenfund von 1991 im britischen Nationalarchiv (publiziert 18.02.2022) bestätigt Sicht der Russen bei Nato-Osterweiterung -Internet,
- [4] Boris Jelzin Moskau 9. Mai 1995 Feierlichkeiten 50 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges – NATO - Osterweiterung
- [5] [Christian Müller, Infosperber, 22.04.2022](#) Vor der Osterweiterung wurde gewarnt-Mitverantwortung der NATO,
- [6] Z.Brzezinsky, „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ 1997 Wikipedia
- [7] NATO-Gipfel in Madrid 1997 – Partnerschaftsabkommen mit der Ukraine - Wikipedia
- [8] NATO-Gipfel in Bukarest 2008 – Wikipedia
- [9] Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine-Wikipedia

- [10] Kabinett Jazenjuk I Nov. 2013 bis Dezember 2014 – Wikipedia
- [11] IWF Ukraine 2014 <https://www.bing.com/?scope=web&cc=AT&FORM=ANNT1&pc=U531>
- [12] M. Asarow, *Die Wahrheit über den Staatsstreich*, Berlin 2015, ISBN 978-3-360-01301-9.
- [13] Referendum im März 2014 über den Status der Krim – Wikipedia
- [14] Die Russische Sprache in der Ukraine - Wikipedia
- [15] Geschichte der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs Wikipeda
- [16] Stepan Bandera - Wikipedia
- [17] A. Umland, Der ukrainische Nationalismus zwischen Stereotyp und Wirklichkeit - Internet
- [18] Sprachgesetz Ukraine 2022 soll das Russische zurückdrängen - Internet
- [19] Rechter Sektor - rechtsgerichteter, Zusammenschluss radikaler nationalistischer , auch paramilitärischer Organisationen, provozierten im März 2014 Zusammenstöße mit der Polizei auf dem Maidan in Kiew
- [20] Minsk I: Abkommen der trilateralen Kontaktgruppe Russland, Ukraine und OSZE 2014 zu begrenztem Waffenstillstand im Osten der Ukraine,. Minsk II: Umsetzun von Minsk I unter Einbeziehung von Deutschland und Frankreich und Gewährung einer teilweisen Selbstverwaltung in den Regionen Lugansk und Donezk durch die Ukraine.
- [21] Uno meldet bis Anfang 2019 fast 13.000 Tote in Ostukraine –Internet
- [22] Referendum im Osten der Ukraine 2014 - Volksbefragungen in Lugansk und Donezk – Wikipedia
- [23] Nordatlantikvertrag Washington im April 1949
- [24] Sprengung der Ostseepipelines Nachrichten Sarah Wagenknecht – Internet
Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines
- [25] W. Putin, Interview am 18.02.2024
- [26] W, Teune, in Geopolitische Zwickmühle, Online-Zeitschrift Ossietzky Heft 1 2024 S.27,